

Offenes Ohr für die Sorgen der Unternehmer

Stephan Stracke im Gespräch mit Vertretern der IHK MM-Unterallgäu

Memmingen/Unterallgäu – Zum Gedankenaustausch traf sich vor kurzem der Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU) mit der IHK-Regionalvorsitzenden Andrea Thoma-Böck, dem IHK-Vizepräsidenten Dr. Albert Schultz und dem Geschäftsführer der IHK Memmingen-Unterallgäu Markus Anselment. Stracke hatte um dieses Gespräch gebeten, um aus erster Hand zu hören, was den Mittelstand in der Region derzeit umtreibt.

Die Unternehmen spüren nach eigener Aussage den Druck, der von der Energiewende ausgeht. Gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten waren sich die Vertreter der IHK einig, dass der politisch beschlossene Ausstieg aus Kern- und Kohleenergie nur dann gelingen kann, wenn Klarheit nicht nur über das Wann, sondern auch und vor allem über das Wie besteht. Stracke dazu: „Die Versorgungssicherheit und die Kosten der Energiewende müssen wieder stärker in den öffentlichen Blick genommen werden. Allein die EEG-Umlage, mit der der Ausbau der Erneuerbaren Energien finanziert wird, belastet die Stromkunden mit inzwischen 33 Milliarden Euro. Dazu kommt die Ökosteuer. Für den jüngst beschlossenen und um rund acht Jahre vorgezogenen Kohleausstieg werden eher konservativ geschätzte 80 Milliarden Euro fällig.“

Diese stetig steigenden Energiekosten sieht auch die IHK mit großer Sorge. Dass die hohen Kosten eine deutliche Reduktion aller Investitionstätigkeiten und in Krisenzeiten Arbeitsplatzabbau zur Folge haben, müsse allen bewusst sein.



Der Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke.

Foto: Abgeordnetenbüro

Schultz illustrierte dies am Beispiel aus seiner eigenen Firma: „Bei Ausgaben von fünf Millionen Euro für Strom und davon rund die Hälfte für EEG, Abgaben, Steuern und Umlagen pro Jahr bedeutet dies für uns, dass dieses Geld nicht für Investitionen zur Verfügung steht. Werden die Zeiten schlechter, heißt dies gar, dass ich allein deshalb 50 qualifizierte Arbeitsplätze abbauen muss.“ Auch Thoma-Böck befürchtete, dass mit der Energiewende und ihren Folgen die Wirtschaft an die Wand gefahren werde. Anselment forderte dazu auf, seitens der Politik einen funktionierenden, sicheren und bezahlbaren Weg aufzuzeigen.

Stracke mahnte in aller Deutlichkeit, dass die Diskussion nicht ideologisch geprägt sein dürfe, sondern eine realistische Gesamtstrategie für die Energiewende entwickelt werden müsse. Mit der Abschaltung von Gundremmingen sei der Wan-

del Schwabens vom Energieexporteur zum -importeur besiegelt worden. Schultz und Thoma-Böck bestätigten, dass das Risiko auf kurze Unterbrüche in Schwaben aufgrund der immer komplexeren Netzregelung zunehmen werde. Auch nur kurze Unterbrüche der Stromversorgung verursachen in der Industrie Millionen-Schäden durch den Bruch von Werkzeugen, deren Ersatz, der notwendigen Neueinrichtung und dem Anfahren der Maschinen und Anlagen. Eine überzeugende Gesamtstrategie bereits vor der Entscheidung zur Energiewende wäre sinnvoll und notwendig gewesen.

Mit Blick auf die Mobilität der Zukunft betonte Schultz, dass es wohl keine Patentlösung geben werde, sondern vielmehr eine Verbreiterung des Angebots und eine Co-Existenz verschiedener Antriebstechniken. Die Politik sollte daher entweder alle Ansätze - Batterie, Brennstoffzelle, E-Fuels, Gasantriebe sowie die Weiterentwicklung der Verbrenner und Hybride - gleich oder gar nicht fördern und es komplett dem Markt überlassen. Eine Wettbewerbsverzerrung durch eine einseitige politische Förderung etwa des Batterie-Antriebs auf Kosten des Steuerzahlers lehne die IHK ab.

Abschließend angesprochen wurden seitens der IHK der Wunsch perspektivisch nach einer eigenen Autobahnausfahrt für den Allgäu Airport in Memmingerberg mit Hinweis auf die schlechte Verkehrssicherheit entlang der heutigen Ausfahrt „Memmingen Ost“ insbesondere zu Stoßzeiten und nach Entbürokratisierung vor allem auf EU-Ebene.

(MK)